TOP ~~SECRET~~
Public

DIE ANSTALT

Faktencheck!

It's the Schuldenbremse, stupid!

vom 12. März 2024.
Mit Claus von Wagner,
Max Uthoff,
Caroline Ebner,
Horst Evers.

ZDF

Die Anstalt – Der Faktencheck zur Sendung vom 12. März 2024

(Stand: 12.03.24 17:41 Uhr)

„Habeck und die Sirene” 3
„Die schwäbische Hausfrau“ 11
„Tafel Battle zur Schuldenbremse Claus vs. Merz“ 17
„Captain Ahab Lindner“ 35
Impressum 47

Nach oben

Stimmt das denn wirklich, was diese größenwahnsinnigen Besetzer da in der Anstalt verzapfen? Das fragen immer wieder viele verunsicherte Zuschauer. Müssen wir womöglich unser Weltbild nachbessern – und wie sollen wir uns das eigentlich leisten? Die Anstaltsleitung teilt Ihnen mit: Zur Beruhigung besteht keinerlei Anlass, es ist alles genau so gemeint, wie es nicht gesagt wurde. Wenn Sie das nicht glauben können, überzeugen Sie sich selbst bei folgenden anderen Quellen, von denen wir uns alle gleichermaßen distanzieren. Wir sind ja schließlich nicht wahnsinnig…

„Habeck und die Sirene"

Aber ich muss feststellen, dass die Teams aus USA, China, Frankreich uns überholt haben. Ich muss mir sogar das Heck von Griechenland anschauen.... wir (die MS Deutschland) fahren sogar rückwärts...

US-Wirtschaft wächst überraschend kräftig.... Im Gesamtjahr 2023 reichte es den Angaben zufolge in Zeiten hoher Zinsen für ein Wachstum von 2,5 Prozent - nach 1,9 Prozent im Jahr zuvor. Zum Vergleich: Die deutsche Wirtschaft schrumpfte im vergangenen Jahr um 0,3 Prozent.

Link: tagesschau

China hat im vergangenen Jahr ein Wirtschaftswachstum von 5,2 Prozent verzeichnet - eine der schwächsten Entwicklungen seines Bruttoinlandsprodukts in mehr als 30 Jahren. Das Plus von 5,2 Prozent entsprach zwar etwa dem Wachstumsziel der chinesischen Regierung von "rund fünf Prozent" und lag über dem Vorjahreswert von drei Prozent.

Link: tagesschau

Die französische Wirtschaft ist am Ende des vergangenen Jahres nicht gewachsen... Im Gesamtjahr 2023 betrug das Wirtschaftswachstum den Angaben zufolge 0,9 Prozent.

Link: finanzen.net

Es ist bereits das zweite Jahr in Folge, in dem Griechenland beim Economist auf Platz eins steht. Denn das Land wächst rasant. 2021 legte die griechische Wirtschaft um satte 8,4 Prozent zu, 2022 waren es 5,6 Prozent, und 2023 noch immer 2,4 Prozent. Von so einem Wachstum können die Deutschen nur träumen.

Link: taz

Nach oben

Die deutsche Wirtschaft ist zum Jahresende 2023 geschrumpft. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts ging das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,3 Prozent verglichen mit dem Vorquartal zurück.... Sollte die deutsche Wirtschaft auch im laufenden ersten Quartal und damit zum zweiten Mal in Folge schrumpfen, würde Europas größte Volkswirtschaft gemäß der wissenschaftlichen Definition in die Rezession abrutschen. Nach einer aktuellen Prognose des Münchener ifo-Instituts wird das Bruttoinlandsprodukt von Januar bis März um 0,2 Prozent zum vorangegangenen Vierteljahr sinken.

Link: tagesschau

Die Fesseln der Schuldenbremse gehören nun mal dazu, wenn man in Deutschland erfolgreich regieren will!... Ich komm mir vor wie Odysseus, der sich an den Mast binden lassen musste, um… Um nicht von den Sirenen verführt zu werden, die Ihnen ins Ohr säuseln, was Sie alles tun können, wenn Sie nur ein paar Schulden aufnehmen würden.

Die Schuldenbremse, also die Beschränkung der Schuldenaufnahme des deutschen Staates, wurde 2009 mit Zweidrittelmehrheit beschlossen und ist im Grundgesetz verankert.

Link: Deutschlandfunk

Ziel der Schuldenbremse ist es, die langfristige Tragfähigkeit der Haushalte von Bund und Ländern und die finanziellen Handlungsspielräume zur Erfüllung der staatlichen Aufgaben zu sichern.

Artikel 109 Grundgesetz schreibt für Bund und Länder den Grundsatz eines ohne Einnahmen aus Krediten ausgeglichenen Haushalts vor. Für den Bund ist die Schuldenbremse in Artikel 115 Grundgesetz präzisiert.

Link: Bundesfinanzministerium

Link: Bundesministerium der Justiz

Link: Bundesministerium der Justiz

“[...] gesamte Debatte über die Selbstbindung, zu deren Versinnbildlichung typischerweise eine Episode aus der griechischen Mythologie herangezogen wird: Die sprichwörtliche List des Odysseus manifestierte sich im Zusammentreffen mit den Sirenen schließlich in seiner ‚Selbstbindung‘ an den Mast seines Schiffes, um ihrem Gesang lauschen zu können ohne Gefahr zu laufen, von Ihnen in die Tiefe gezogen zu werden.”

Nach oben

Thomas Biebricher, Die Schuldenbremse. Über eine paradoxe Regierungstechnologie der Austerität, 17. Januar 2024

Biebricher leitet hier die Herkunft und Logik der Schuldenbremse aus der ordoliberalen Tradition sowie der neueren Public Choice Theory her.

Link: geschichte der gegenwart

Ich wollte doch nur anmerken, dass beim derzeitigen Nominalzins und der aktuellen Inflationsrate, der Realzins, ungefähr, liegt bei … Null.

Nimmt man als Nominalzins für Schuldenaufnahme die volumengewichteten Durchschnittrenditen deutscher Staatsanleihen an und zieht davon die Inflationsrate ab, erhält man den Realzins.

Link: BWL LEXIKON

Gesamtrendite Bundeswertpapiere (in Prozent):

31.01.23	28.02.23	31.03.23	30.04.23	31.05.23	30.06.23	31.07.23	31.08.23	30.09.23	31.10.23	30.11.23	31.12.23	31.01.24
1,047 %	1,09 %	1,162 %	1,192 %	1,231 %	1,296 %	1,328 %	1,36 %	1,409 %	1,445 %	1,468 %	1,419 %	1,396 %

Auskunft der Finanzagentur GmbH vom 08.03.2024

Siehe dazu auch

Link: boerse.de

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9 % gegenüber 2022 erhöht.

Link: Statistisches Bundesamt

Inflationsrate im Februar 2024 voraussichtlich +2,5 %

Link: Statistisches Bundesamt

Nach oben

Ihr habt eine vergleichsweise geringe Schuldenquote von 64%.

Ihr habt viel eher ein Problem mit eurer Infrastruktur und eurem Wachstum.

2024: Schuldenquote sinkt auf 64 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Link: Bundesregierung

Gesperrte Brücken, veraltete Schienensysteme, fehlende Stromtrassen oder langsames Internet und Funklöcher im Mobilfunknetz. Die Hiobsbotschaften über die deutsche Infrastruktur häufen sich in den letzten Jahren. Vieles ist marode und bremst das Land - und damit auch unsere Wirtschaft.

Link: FOCUS

Stark befahrene Autobahnbrücken wie die Leverkusener Brücke, die Lastwagen rund zehn Jahre nicht befahren können; ganze Autobahnabschnitte, so auf der A45 durch das Sauerland, die wegen maroder Brücken jahrelang gesperrt sind; Bahnfahrten, die wegen ständiger Ausfälle und Verspätungen zu Odysseen werden: Es steht nicht gut um Deutschlands Infrastruktur. Lange wurden Straßen und Schienen auf Verschleiß gefahren, statt sie ständig zu erneuern und zu pflegen - bis es irgendwann gar nicht mehr geht. Die Folge ist ein gewaltiger Erneuerungsstau.

Link: Deutsche Welle

Marode Infrastruktur: Deutschland lebt von der Substanz

Die Industrienation blamiert sich mit einer unpünktlichen Bahn, kaputten Brücken und fehlenden Stromleitungen.

Link: Neue Zürcher Zeitung

Wirtschaftswachstum - das war gestern. Aber schon bei der Analyse, warum Deutschland konjunkturell gerade so schlecht dasteht, liegen die Einschätzungen in der Politik weit auseinander... Das Problem: Die Wirtschaft wächst nicht.

Nur um 0,2 Prozent soll die Wirtschaft in Deutschland in diesem Jahr wachsen - das ist die Prognose im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, die Wirtschaftsminister Robert Habeck in dieser Woche vorgestellt hat.

Link: tagesschau

Nach oben

Das ist genau das, wovor uns die Public Choice Theorie gewarnt hat, aufgrund derer wir die Schuldenbremse ja eingeführt haben. ... Das ist doch nur eine Theorie! ... Eine gute! Sie besagt, dass Politiker in Regierungsverantwortung zum Schuldenmachen neigen, indem sie Wahlgeschenke verteilen, um ja wiedergewählt zu werden.

Danach haben politisch Verantwortliche zunächst ihren individuellen Nutzen und erst danach das Gemeinwohl im Sinn. Der persönliche Nutzen eines Politikers ist z. B. sein Ansehen aus einem öffentlichen Amt. Daher wird er sein politisches Handeln dem Ziel einer Wiederwahl unterordnen und Interessengruppen bevorzugen, die ihm helfen können, das zu erreichen.

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Um die Staatsschulden Deutschlands zu konsolidieren, wären nach Meinung der Public-Choice-Theoretiker folgende Maßnahmen erforderlich:

Der Artikel 115 des Grundgesetzes wäre zu novellieren, wobei nicht unbedingt auf eine Ausnahmeklausel verzichtet werden müsste. Wichtig wäre aber, die institutionellen Grenzen der Staatsverschuldung noch enger zu ziehen und den Begriff der öffentlichen Investitionen näher zu definieren, als es das Bundesverfassungsgericht 1989 und auch der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums versucht haben.

Link: Spektrum

Siehe dazu auch Thomas Biebricher, Die Schuldenbremse. Über eine paradoxe Regierungstechnologie der Austerität, 17. Januar 2024

Biebricher leitet hier die Herkunft und Logik de Schuldenbremse aus der ordoliberalen Tradition sowie der neueren Public Choice Theory her.

Link: geschichte der gegenwart

Warum schaffen wir sie (die Schuldenbremse) nicht ab, mit einer 2/3 Mehrheit im Bundestag?

Reform der Schuldenbremse: Veränderung, Aushöhlung – oder gar Abschaffung?

Die so oder so nötige Zweidrittelmehrheit muss im Bundestag wie im Bundesrat zusammenkommen.

Link: TAGESSPIEGEL

Nach oben

Ich habe gekürzt! Beim Stuhl eines Passagiers in der dritten Klasse! ... DAS ist also der Vorschlag der Union, um das Schiff wieder flott zu kriegen?! ...

Nicht nur! Wir haben ja noch dazu blinde Passagiere aus aller Herren Länder an Bord, die könnten wir ja… aussteigen lassen.

Unionsfraktionsvize Jens Spahn fordert deutlich schärfere finanzielle Sanktionen für arbeitsunwillige Bürgergeldbezieher. „Wer in einer Situation, wo es hunderttausendfach zumutbare Arbeit gibt auf allen Qualifikationsstufen, diese nicht annimmt, muss mit Kürzungen deutlich über 50 Prozent rechnen“, sagte Spahn am Dienstag (24. Oktober) in Stuttgart bei einem Besuch der baden-württembergischen CDU-Fraktion.

Link: DERWESTEN

Der Vorsitzende der Jungen Union (JU), Johannes Winkel, will die Freizügigkeit abgelehnter Asylbewerber hierzulande massiv einschränken. „Abgelehnte Asylbewerber, die nicht abgeschoben werden können, müssen nach dänischem Vorbild in Rückkehrzentren bleiben“, sagte der CDU-Politiker der „Bild“-Zeitung.

Das Asylbewerberleistungsgesetz müsse ebenfalls reformiert werden. Ausnahmslos müsse von Geld- auf Sachleistungen für Asylbewerber umgestellt werden. „Das heißt: Einkaufen nur per Chip-Karte.“ Der 32-jährige Jurist sagte mit Blick auf die hohen Asylbewerberzahlen hierzulande, Dänemark fahre einen Migrations- und Integrationskurs, der Vorbild für Deutschland werden könne.

Link: TAGESSPIEGEL

So steht es geschrieben in der Rede Angela Merkels, die 2008 in Stuttgart gesagt hat, dass wir ab jetzt nach der Weisheit der schwäbischen Hausfrau leben sollen. (…) „man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben“.

Merkel rief dazu auf, in der Krise Maß zu halten. "Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben", sagte sie.

Link: ZEIT ONLINE

Nach oben

Herr Merz: was sie da als Galionsfigur anbeten, ist im Grund ein patriarchales Zerrbild, als funktioniere der Staat wie eine unterdrückte Hausfrau, die nur das bisschen Haushaltsgeld zur Verfügung hat, das der Mann ihr gönnerhaft in die Kitteltasche steckt.

Professorin Isabella Weber über das Konzept der schwäbischen Hausfrau:

Die Vorstellung der sparsamen Hausfrau kommt aus einer Zeit, in der diese keine Hoheit über ihr eigenes Budget hatten, sondern Männer ihnen das Geld vorgegeben haben. An diese Degradierung der wirtschaftlichen Kompetenz der Frau anzuknüpfen, finde ich höchst problematisch. Staaten sind der Souverän. Ihre Haushalte funktionieren gänzlich anders. Schon Keynes verwies auf das Paradox des Sparens: Spart der Staat, schrumpft die Wirtschaft und im Ergebnis können die Privaten weniger anstatt mehr sparen.

Hausfrauen sind übrigens, historisch betrachtet, immer wieder auf die Straße gegangen gegen die Preissteigerung von essenziellen Gütern, wie wir sie jetzt erleben. Wenn die Bundesregierung jetzt die CO_2-Preise erhöht, trifft das essenzielle Güter: Heizen und Transport. Umso absurder ist es, jetzt mit dieser latent sexistischen Hausfrauen-Metapher hausieren zu gehen, um diese Art von Kürzungen zu rechtfertigen.

Link: TAGESSPIEGEL

Wir haben 2009 als Reaktion auf die Finanzkrise die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert!

2009 unter dem Eindruck der Finanzkrise entstanden, sollte die Schuldenbremse Gegenmittel sein gegen eine überbordende Staatsverschuldung.

Link: tagesschau

Ins Leben gerufen wurde sie nach der Finanzkrise im Jahr 2009. Zuvor waren die Kapitalmärkte unter anderem durch das Platzen der Immobilienblase in den USA in eine gefährliche Schieflage geraten.

Link: ZDFheute

Nach oben

Die Finanzkrise 2008 wurde ausgelöst durch eine überschuldete Privatwirtschaft. Und als Reaktion darauf hat man dann eine Schuldengrenze für den Staat eingeführt.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und die fallenden Aktienkurse der neuen Internetunternehmen um die Jahrtausendwende drohten das Land in eine Wirtschaftskrise zu stürzen. Die US-Zentralbank Fed wollte das verhindern und druckte seit 2001 immer mehr Geld, gleichzeitig sanken die Zinsen.

Dadurch konnten auch Menschen mit kleinem Einkommen Kredite aufnehmen und Häuser kaufen, obwohl viele keine Sicherheiten vorweisen konnten, die die Banken bei Zahlungsausfall bekommen würden. Der „American Dream“ vom Eigenheim sollte für möglichst viele wahr werden.

Nach einiger Zeit hob die US-Notenbank den Leitzins an, wodurch auch die Hypothekenzinsen stiegen und viele Kreditnehmer ihre Hypotheken nicht mehr zurückzahlen konnten. Ihnen blieb nichts anderes übrig, als das neue Eigenheim wieder zu verkaufen, eine andere Sicherheit hatten viele nämlich nicht. Zunächst war das leicht, weil die Immobilienpreise noch boomten. Mit dem verkauften Haus konnte der Kredit abbezahlt werden, ohne große Verluste zu machen. Je mehr Schuldner jedoch ihre Häuser wieder verkaufen mussten, desto mehr sanken die Immobilienpreise im ganzen Land. Der Verkauf der Immobilie brachte somit nicht mehr genug Geld, um die Kredite abzubezahlen. Die Banken bekamen ihr verliehenes Geld nicht mehr zurück – ein Banken-Crash folgte auf den anderen.

Link: fluter.

2009 unter dem Eindruck der Finanzkrise entstanden, sollte die Schuldenbremse Gegenmittel sein gegen eine überbordende Staatsverschuldung.

Link: tagesschau

Ins Leben gerufen wurde sie nach der Finanzkrise im Jahr 2009. Zuvor waren die Kapitalmärkte unter anderem durch das Platzen der Immobilienblase in den USA in eine gefährliche Schieflage geraten.

Nach oben

„Die schwäbische Hausfrau“

In der Volkswirtschaft kann man nur das einnehmen, was der andere ausgibt.

#1 Die Ausgaben des einen sind die Einnahmen eines anderen

Wenn ich Brötchen bei Bäcker Lutze kaufe, sind meine Ausgaben seine Einnahmen. Wenn der Staat eine Schule baut, sind die Ausgaben des Staates die Einnahmen der Baufirmen. Klingt trivial, wird aber häufig missachtet. Dabei folgt daraus eine ganze Menge.

Link: Geld für die Welt

Grundlagen der Volkswirtschaftslehre/ Makroökonomische Grundlagen, S. 2 und 4

Universität Ulm/ Fakultät für Mathematik und Wirtschaftswissenschaften/ Ludwig-Erhard-Stiftungsprofessur

Link: Universität Ulm

Ihr Habeck zum Beispiel. Der hat sich doch selbst die Fesseln gelegt, indem er die Einhaltung der Schuldenbremse im Koalitionsvertrag mitunterschrieben hat. ... Das hat er ja nur gemacht, weil die Mehrheit der Grünen und der Deutschen die Schuldenbremse gut findet ...

“Ab 2023 werden wir dann die Verschuldung auf den verfassungsrechtlich von der Schuldenbremse borgegebenen Spielraum beschränken und die Vorgaben der Schuldenbremse einhalten.”

Koalitionsvertrag 2021-2025 Zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90/ Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP), S. 126

Link: SPD

Unter den Wählern von SPD und Grünen sind jeweils 59 Prozent für die Einhaltung im nächsten Jahr.

Link: TAGESSPIEGEL

Nach dem Karlsruher Haushaltsurteil will die Mehrheit der Bevölkerung einer Umfrage zufolge die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form beibehalten. Gegen eine Lockerung sprachen sich 61 Prozent der Befragten aus, wie aus einer repräsentativen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-„Politbarometer“ hervorgeht, die am Freitag

Nach oben

veröffentlicht wurde. 35 Prozent wollten demnach die Schuldenbremse lockern, 4 Prozent antworteten mit „weiß nicht“.

Link: WELT

Link: statista

Sie sind die Europäische Zentralbank und schöpfen jetzt Geld....Ich weiß ja gar nicht, wie ne Zentralbank das macht. Das ist ja bestimmt mega kompliziert! ... Du drückst auf den Knopf da.

Link: OXI

Link: JACOBIN

Geld entsteht durch Kreditvergabe. Mit jedem Kredit, den eine Bank einem Schuldner gewährt, wird neues Geld in die Welt gesetzt. Geld wird im Fiat-Geldsystem aus dem Nichts geschöpft, quasi per Knopfdruck.... Wenn private Banken durch ihre Kreditvergabe neues Geld schöpfen, stellt sich die Frage, welche Rolle dann die Zentralbank spielt, in unserem Fall die EZB ... Dieses Zentralbankgeld kann nur von der EZB geschöpft werden und existiert zum einen als Guthaben der Banken bei der Zentralbank und zum anderen als Bargeld.

Link: KONTRAST

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Die EZB ist die Bank der Geschäftsbanken. In dieser Funktion nimmt sie Einfluss auf den Geldkreislauf und die Kreditvergabe in der Wirtschaft, um für stabile Preise zu sorgen. Geschäftsbanken können sich Geld von der EZB leihen, d. h. ihnen werden Zentralbankguthaben eingeräumt. In der Regel decken sie ihren sehr kurzfristigen Liquiditätsbedarf mit diesen Mitteln. Die EZB steuert die Nachfrage der Geschäftsbanken nach Zentralbankguthaben... Die EZB druckt keine Banknoten, um die Vermögenswerte zu bezahlen, sondern das Geld wird dem Verkäufer oder dem Intermediär (z. B. einer Geschäftsbank) gutgeschrieben. Der Verkäufer kann die zusätzliche Liquidität verwenden, um andere Vermögenswerte zu kaufen oder, im Fall einer Geschäftsbank, Kredite an die Realwirtschaft zu vergeben.

Link: EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

Nach oben

Mein Konto ist bei 2,5 Billionen Euro… minus

Bund, Länder und Gemeinden sowie ihre Extrahaushalte waren Ende 2023 mit knapp 2.500 Milliarden Euro verschuldet.

Link: Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.

… meine Kollegen von der Bietergruppe Bundesemission. Geschäftsbanken wie Deutsche Bank, Commerzbank usw.

Zurzeit gehören 32 Kreditinstitute der Bietergruppe an. Die folgende Rangliste basiert auf den von den Mitgliedern im Kalenderjahr 2023 übernommenen und nach Kapitalbindungsdauer und Zinsänderungsrisiko gewichteten Zuteilungsbeträgen.

Link: Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH

Nein! Nein! So geht das nicht. Sie geben die Anleihe der Europäischen Zentralbank.

Wie werden Staatsanleihen bezahlt? Mit Zentralbankgeld, dass die Geschäftsbanken von ihrer Zentralbank erworben haben.

Link: OXI

Wegen der Inflation liegen die realen Zinsen im Moment etwa bei null! Und wenn sie höher werden, geben Sie einfach eine neue Staatsanleihe aus.

Nimmt man als Nominalzins für Schuldenaufnahme die volumengewichteten Durchschnittrenditen deutscher Staatsanleihen an und zieht davon die Inflationsrate ab, erhält man den Realzins.

Link: BWL LEXIKON

Gesamtrendite Bundeswertpapiere (in Prozent):

31.01.23	28.02.23	31.03.23	30.04.23	31.05.23	30.06.23	31.07.23	31.08.23	30.09.23	31.10.23	30.11.23	31.12.23	31.01.24
1,047 %	1,09 %	1,162 %	1,192 %	1,231 %	1,296 %	1,328 %	1,36 %	1,409 %	1,445 %	1,468 %	1,419 %	1,396 %

Auskunft der Finanzagentur GmbH vom 08.03.2024

Siehe dazu auch

Link: boerse.de

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9 % gegenüber 2022 erhöht.

Nach oben

Link: Statistisches Bundesamt

Inflationsrate im Februar 2024 voraussichtlich +2,5 %

Link: Statistisches Bundesamt

Deshalb galt bis zur Schuldenbremse ja auch die sogenannte „Goldene Regel“, die besagt hat: Investitionen gehören nicht zu den Staatsschulden.

Deshalb galt bis zur Schuldenbremse ja auch die sogenannte „Goldene Regel“, die besagt hat: Investitionen gehören nicht zu den Staatsschulden.

Link: HaushaltsSteuerung

Weil die Ökonomen sagen, sie wissen nicht so ganz genau, was Investitionen sind; sie wissen nur, dass Sozialleistungen keine sind.

“Darüber hinaus leiden öffentliche Debatten darunter, dass der Begriff der öffentlichen Investitionen sehr allgemein gefasst wird. Weder für Investitionsbedarfe noch für die allgemeinen Investitionen des Staates existieren in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion eindeutige Definitionen.”

Beznoska, Martin; Kauder, Björn; Obst, Thomas:Working Paper:Investitionen, Humankapital und Wachstumswirkungen öffentlicher Ausgaben, IW-Policy Paper, No. 2/2021

Link: ECONSTOR

“Dafür ist zunächst zu klären, was unter dem Begriff „Zukunftsinvestitionen“ zu verstehen ist. Dieses Vorhaben ist nicht trivial, da in Deutschland größtenteils keine Einigkeit über die Definition des Investitionsbegriffs besteht. Eine Abgrenzung erfolgt zum einen im Kontext der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), zum anderen im Sinne der Finanzstatistik und schließlich im Haushaltsrecht. In Bezug auf die kommunale Haushaltsrechnung existieren zudem erhebliche Unterschiede in der Investitionserfassung zwischen dem „alten“ kameralen und dem „neuen“ doppischen System.

Hinzu kommt, dass die traditionelle Unterscheidung von grundsätzlich wachstumswirksamen Investitionen auf der einen Seite und ausschließlich gegenwartsbezogenen konsumtiven Ausgaben auf der anderen Seite als zunehmend ungeeignet empfunden wird, um die Zukunftswirksamkeit des öffentlichen Ausgabenbudgets angemessen zu beurteilen.”

Link: Bertelsmann Stiftung

Nach oben

Schulden führen nicht zur Inflation. Und Hitler kam auch nicht nach einer Inflation an die Macht, sondern nach der Sparpolitik von Kanzler Heinrich Brüning. Der hat so sehr gespart, dass die Wirtschaft eingebrochen ist und die Arbeitsloszahlen genauso explodiert sind wie die Stimmanteile für die NSDAP.

Zumindest führen Staatsschulden nicht automatisch zu Inflation. So sieht es zumindest Isabel Schnabel, Mitglied des Direktoriums der EZB

Link: EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

Das zeigte auch die Geldpolitik der Zentralbanken nach der Finanzkrise.

„Warum gibt es trotz Geldflut keine Inflation?

Die Notenbanken haben seit 2009 ihre Geldmengen vervielfacht, um die Folgen der Finanzkrise zu bekämpfen. Trotzdem ist weit und breit keine Inflation zu sehen, und die Zinsen sind sogar in den Minusbereich gerutscht."

Link: Neue Zürcher Zeitung

Die massive Inflation seit 2022 steht vielmehr im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine.

„Ebenso wie es ein Märchen ist, dass die Inflation allein von schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen käme."

Link: Geld für die Welt

„Die Inflationsentwicklung der letzten zwei Jahre kommt nicht von ungefähr; sie ist das vorhersehbare Produkt eines von mehreren Krisen geplagten Konjunkturzyklus. Die erste und immer noch nachwirkende Krise ist die COVID-19-Pandemie.... Die zweite – akute – Krise ist der russische Angriff auf die Ukraine, einem der wichtigsten Exporteure von Getreide. Hierdurch verknappen sich insbesondere Grundnahrungsmittel; aber auch die Energiepreise, der wohl wichtigste Inflationsfaktor, werden weiter angeheizt, da die meisten europäischen Staaten versuchen, ihre Energieimporte aus Russland durch teurere Alternativen wie Flüssiggas zu ersetzen.

Beide Krisen haben gemein, dass sie sich inzwischen in erster Linie angebotsseitig auswirken, die ungewöhnlich hohe Inflation also Folge eines gestörten Welthandels ist, wogegen keine Zentralbank effektiv vorgehen kann."

Link: JACOBIN

„In der wissenschaftlichen Diskussion sehen die meisten Autoren Brünings Austeritäts- und Deflationspolitik als schweren Fehler, der maßgeblich zum Kollaps der Weimarer

Nach oben

Republik und zum Aufstieg Hitlers beigetragen habe. Im kollektiven Gedächtnis der Deutschen wird sie jedoch eindeutig von der Hyperinflation verdrängt. Bis heute ist die ökonomische Krise ihrer ersten Republik in der Erinnerung vieler Deutscher mit Inflation statt mit Deflation, mit zu hohen, nicht zu niedrigen Haushaltsdefiziten verbunden."

Lukas Haffert, Die Schwarze Null. Über die Schattenseiten ausgeglichener Haushalte, suhrkamp 2016, S. 35.

„Der sogenannte „Hungerkanzler" Heinrich Brüning hatte in seiner Amtszeit als Reichskanzler der Weimarer Republik angesichts hoher Staatsverschuldung und steigender Arbeitslosigkeit fünf Notverordnungen zwischen Sommer 1930 und Dezember 1931 erlassen, die die Staatsausgaben um 20 Prozent schrumpfen ließen. Allerdings hat dies die ohnehin schon schwache Wirtschaftsleistung in Summe um zusätzlich 4,5 Prozent (gemessen am BIP des Referenzjahres 1932) geschmälert und die Zahl der Arbeitslosen zwischen Januar und Juli 1932 um 3,3 Millionen steigen lassen. Das entspricht neun Prozent der damaligen erwerbstätigen Bevölkerung....

Brünings Austeritätspolitik hat wohl auch der NSDAP zusätzlich viele Wähler in die Arme getrieben. Die NSDAP hatte gegen die Sparmaßnahmen Front gemacht und nicht allein, aber vermutlich auch deswegen große Wahlerfolge erzielen können. Von der Wahl im September 1930 bis zur Wahl im Juli 1932, also nur zwei Monate nach dem Rücktritt Brünings, verdoppelte sich ihr Stimmanteil von 18 auf 37 Prozent."

90 Jahre Brüning-Rücktritt: Austeritätspolitik schadete der Wirtschaft schon in den 1930er Jahren, Pressemitteilung des DIW Berlin, 16.6.2022

Link: DIW BERLIN

Nach oben

„Tafel Battle zur Schuldenbremse Claus vs. Merz“

Unser Staat hat so viel Geld zur Verfügung, wie noch nie: 916 Milliarden (---) Das sind Rekordsteuereinnahmen.

Link: IFO

…wir haben praktisch jedes Jahr Rekordsteuereinnahmen.

„Die Statistik zeigt die Steuereinnahmen in Deutschland in den Jahren von 1950 bis 2022 und eine Prognose des Steueraufkommens für die Jahre bis 2028. Das Steueraufkommen in Deutschland betrug im Jahr 2022 rund 895,7 Milliarden Euro. Für das Jahr 2023 prognostiziert der Arbeitskreis Steuerschätzung Steuereinnahmen in Höhe von rund 916,1 Milliarden Euro.”

Link: statista

Link: IFO

Schließlich haben wir 2023 so viel erwirtschaftet wie noch nie: Über vier Billionen. Das ist ein Rekordwohlstand.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland von 1950 bis 2023:

Link: statista

„Das BIP ist eine komplexe Rechnung ohne Bewertung von Gut und Böse, wenn man so will. Trotzdem werden die Daten unter anderem von der Politik genutzt, um den Wohlstand einer Nation zu bewerten. Dafür wird das Durchschnittseinkommen pro Kopf genommen, mit dem sich die Situation verschiedener Länder vergleichen lässt. Das BIP sagt allerdings nichts darüber aus, wie gerecht das Einkommen über die Menschen verteilt ist.”

Link: SWR WISSEN

„Seit seinem Triumphzug in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist das BIP nach wie vor der von Entscheidungsträger: innen am meisten priorisierte Indikator, wenn es um das Messen des vermeintlichen Erfolgs von Nationen und den Wohlstand von Gesellschaften geht. Dabei sind wir uns zunehmend darüber im Klaren, dass individuelles Wohlergehen und gesellschaftlicher Wohlstand bei Weitem nicht allein vom gesamtgesellschaftlich betrachteten Konsum und von Produktion (wie vom BIP gemessen) bestimmt wird – vor allem nicht auf lange Sicht.”

Nach oben

Link: Wirtschaftsdienst

What are distributional wealth accounts?

Link: Benjamin Braun

Entscheidend für die Tragfähigkeit von Schulden ist ihre Größe relativ zur Wirtschaftskraft – das ist die sogenannte Schuldenquote. Und die ist in den letzten Jahren sogar gesunken.

„Da der Staat mit Steuern und Abgaben auf das nominale Bruttoinlandsprodukt zugreift, wachsen auch die Steuern und die Staatsausgaben über die Jahre", sagt Truger. "Und wenn dann der Staat ein Defizit eingeht, um etwas zu bezahlen, was er durch die Steuern nicht bezahlt bekommt, dann werden natürlich auch diese Beträge nominal immer größer." Das führe zusammen mit der Inflation dazu, dass beinahe jedes Jahr ein neuer Rekordwert bei der nominalen Staatsverschuldung verkündet werden könne.

Wenn dann Meldungen kommen, dass es einen Rekordschuldenstand gibt, dann denken viele: Oh, die Schulden sind ja unglaublich hoch und das ist vielleicht sogar gefährlich", sagt Truger. Dabei sei die Zahl für sich kaum aussagekräftig. "Für langfristige Vergleiche wird die Staatsverschuldung immer in Relation zur Wirtschaftsleistung gesetzt." Denn nur so könne eine valide Aussage über die finanzielle Entwicklung eines Staats getroffen werden (...)

Bei der Schuldenstandsquote werden die Staatsschulden mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis gesetzt. Für Deutschland betrug die Schuldenstandsquote 2022 66,3 Prozent. Das bedeutet, die Gesamtverschuldung betrug 66,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren hat sich die Schuldenstandsquote in Deutschland damit verbessert.”

Link: tagesschau

Link: Statistisches Bundesamt

Link: FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Nach oben

Wie könnte man diese Schuldenquote denn senken? (…) Indem man die Schulden dort oben reduziert. Sie könnten natürlich auch unten das Wachstum steigern! Das senkt auch die Schuldenquote.

Beispiel: „Die Schuldenquote, das heißt der Schuldenstand im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP), sank um 2,9 Prozentpunkte auf 66,4 Prozent. Die Schuldenquote sank trotz des Schuldenanstiegs deutlich, weil das nominale Bruttoinlandsprodukt insbesondere aufgrund der gestiegenen Inflation um 7,4 Prozent stark zulegte. Dies für sich genommen senkte die Schuldenquote um rechnerisch 5 Prozentpunkte“.

Link: Deutsche Bundesbank

Ampel-Deutschland hat das schwächste Wachstum aller Industrienationen weltweit.

BIP-Zuwachsrate; Prognose für 2024 and 2025

Quelle: OECD Economic Outlook, Interim Report February 2024

Grafik Siehe: OECD

Link: OECDiLibrary

„Im Oktober hatte der IWF für 2024 ein Wachsen der Wirtschaftsleistung um 0,9 Prozent vorausgesagt und die aktuelle Prognose damit um 0,4 Prozentpunkte nach unten revidiert.(...)Deutschland bleibt auch mit dieser neuen Prognose weiterhin das Schlusslicht in der Reihe der stärksten Volkswirtschaften der Welt.”

Link: statista

„Industrieländer werden im Alltagsverständnis mit hoch entwickelten Ländern gleichgesetzt. Sind sie auch im Hinblick auf eine weniger ungleiche Verteilung hoch entwickelt?”

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Außer Argentinien, wegen einer Sparpolitik!

BIP-Zuwachsrate; Prognose für 2024 and 2025

Quelle: OECD Economic Outlook, Interim Report February 2024

Grafik siehe: OECD

Nach oben

Es gibt aktuelle Prognosen, die die BIP-Zuwachsrate Argentiniens im positiven Bereich (ca. bei 2%) sehen – deutlich vor Deutschland. Um einschätzen zu können, ob das auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung hindeutet, müsste man bei der Berechnung die hohe Inflationsrate Argentiniens berücksichtigen. Allein im Januar stiegen die Preise dort um 20%. „Das nominale BIP steigt bei einer Inflation. Man stelle sich vor, alle Güter wären ab morgen genau 10% teurer. Dann wäre zwar nominal der Wert aller innerhalb dieser Volkswirtschaft produzierten Güter um 10% gestiegen, doch würde dieser Preisanstieg nichts darüber aussagen, ob wir als Volkswirtschaft auch wirklich mehr Güter produziert oder verkauft haben."

Link: Freie Universität Berlin

„Der Rechtspopulist und libertäre Ökonom Milei plant einen Radikalumbau des Landes, das unter einer Hyperinflation von weit über 200 Prozent und hoher Staatsverschuldung leidet. Bereits nach der Amtsübernahme im Dezember legte er ein Maßnahmenbündel zur Deregulierung auf, das Milei per Dekret durchsetzen will."

Link: SPIEGEL

„Die jährliche Inflationsrate in Argentinien ist auf 254,2 Prozent gestiegen. Im Januar legten die Preise in dem von einer schweren Wirtschaftskrise betroffenen südamerikanischen Land um 20,6 Prozent zu, wie die nationale Statistikbehörde Indec am Mittwoch in Buenos Aires mitteilte."

Link: taz

Artikel von 2018: „Argentinien will noch mehr sparen – die Nervosität steigt. Die Strategie der Regierung ist es nun, mit hohen Zinsen, einem geringeren Haushaltsdefizit und der Kreditgarantie des IMF bis zum Wahltermin Ende 2019 für Stabilität auf den Finanzmärkten zu sorgen."

Link: Neue Zürcher Zeitung

Wir wachsen nicht, obwohl unsere (…) Staatsschuldenquote 30 Prozent unter dem EU-Durchschnitt liegt.

Link: statista

Link: statista

Nach oben

Vielleicht wachsen wir so wenig, weil wir so viel Schulden abbauen, statt zu investieren. Das sind die Infrastruktur-Investitionen der anderen EU-Staaten und hier sind unsere.

„Innerhalb der Europäischen Union gab es im Jahr 2021 nur zwei Länder, deren öffentliche Investitionen in die Infrastruktur gemessen an ihrem Bruttoinlandsprodukt (BIP) geringer waren als die Deutschlands – Portugal und Irland."

Link: statista

Kreditfinanzierte Investitionen des Bundes über 2022 hinaus sinnvoll-

Schriftliche Stellungnahme für die Anhörung des Haushaltsausschusses des Bundestages zum Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 (Bundestagsdrucksache Nr. 20/300), von Dr. Katja Rietzler

Link: Bundestag

Selbst das IFO-Institut sagt: „…vor allem die sinkenden Staatsausgaben sind schuld am Rückgang der Wirtschaftsleistung."

„Das ifo-Institut senkt seine Wachstumsprognose für 2024 - Grund sei der aktuelle Sparkurs der Bundesregierung (...) Mit dem nun im Haushaltsausschuss vereinbarten Bundeshaushalt wurden nach unserer Schätzung zusätzliche Einsparungen in Höhe von knapp 19 Milliarden Euro beschlossen", begründete ifo-Konjunkturchef Timo Wollmershäuser die neue Prognose. "Unternehmen und Haushalte werden mehr belastet oder weniger entlastet, und die Staatsausgaben werden gekürzt."

Link: tagesschau

Wir haben uns (…) EU-weit strenge Regeln zur Schuldenbegrenzung gegeben. Nämlich eine Gesamt-Schuldenquote von maximal 60%. Eine jährliche Neuverschuldung von maximal 3%. Und eine strukturelle Neuverschuldung von maximal 0,5%. Das ist der Teil der Neuschulden, der nicht durch Konjunkturschwankungen verursacht wird.

„Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat seit der Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags 1992 viele Entwicklungsstufen durchlaufen, aber zwei Eckpunkte gelten bis heute unverändert. Die Staatsverschuldung der EU-Mitgliedsstaaten darf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten, und das jährliche Haushaltsdefizit darf nicht mehr als drei Prozent betragen. Von den Ländern, die diese Kriterien nicht erfüllen, wird erwartet, dass sie entsprechende Maßnahmen ergreifen, damit sie die Vorgaben wieder einhalten."

Nach oben

Link: IPG

„Durch die Vorgabe einer messbaren „Untergrenze“ von 0,5% des BIP im Hinblick auf das strukturelle Defizit werden ausschließlich die Fehlbeträge erfasst, die einen dauerhaften Charakter haben und sich nicht im Laufe eines Konjunkturzyklus selbsttätig abbauen. Es handelt sich folgerichtig um den Teil des gesamtstaatlichen Defizits, der bei einer Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten die dauerhaft akzeptable Neuverschuldung überschreitet.10 Indem das strukturelle Defizit nun auf 0,5% des BIP begrenzt wird, dürfte auch das gesamtstaatliche Defizit reduziert werden, da konjunkturelle Maßnahmen den Haushalt eines Mitgliedstaates wahrscheinlich nicht in Höhe von 2,5% des BIP belasten.”

Link: Wirtschaftsdienst

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)

Link: Bundes Finanzministerium

Der EU-Rahmen für die Fiskalpolitik: Europaparlament

Man hat halt den Durschnitt genommen. Also von den Schuldenquoten aller EU-Staaten damals. Und der war halt 60%.

Nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftler Luigi Pasinetti war die einzig schlüssige Erklärung für die Wahl von 60 Prozent, dass dies die ungefähre durchschnittliche Schuldenquote der EU-Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Aushandlung der war.
> siehe “AUSTERITY 12 MYTHS EXPOSED”

Link: Social Europe

Why 60 and 3 percent? European debt and deficit rules – critique and alternatives

Link: Hans Böckler Stiftung

„Der europäische Schuldenstand betrug Anfang der neunziger Jahre 60 Prozent des BIP.”

Link: Frankfurter Allgemeine

Nach oben

Man kann als Staat auch mit einer Schuldenquote über 100 Prozent wunderbar leben, wie die USA, oder mit 250% wie Japan, wenn sie eine starke Wirtschaft haben.

„Das wohlhabende Japan hat seit Jahrzehnten eine hohe Staatsverschuldung. Eine Zahlungsunfähigkeit hat das Land dennoch nicht zu befürchten, da die Zentralbank die Regierung unterstützt (...) Die Staatsausgaben sollten daher an den Ressourcen (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Energie, Güter und Dienstleistungen, etc.) ausgerichtet werden und nicht an imaginären Grenzen der Staatsverschuldung wie bei den Maastricht-Kriterien. Investitionen, die gerade jetzt für die Überwindung von Krieg, Klimakrise und Pandemie notwendig wären, können nicht am Geld scheitern. Sie scheitern höchstens daran, dass wir nicht genügend Ressourcen haben."

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Denn das (eine starke Wirtschaft**) haben wir ja grade nicht! Weil wir nicht mehr Schulden machen, um zu investieren! Wegen der Defizit Regel. Die jährliche Neuverschuldung darf laut EU nicht größer sein als 3% des BIP.**

„Die Grundlage der europäischen Fiskalregeln bilden die Verträge von Maastricht (1992), nach denen die Mitgliedstaaten der EU exzessive Haushaltsdefizite vermeiden sollen. Als Referenzwerte wurden eine Obergrenze für Defizite in Höhe von 3 % des BIP und eine Obergrenze für Staatsverschuldung in Höhe von 60 % des BIP festgelegt, die ‚Maastricht-Kriterien'. Weitere Meilensteine in der Gesetzgebung waren der Stabilitäts- und Wachstumspakt (1997, größere Reform in 2005) sowie Sixpack, Twopack und der Fiskalpakt (2011 bis 2013) (Suttor-Sorel, 2021). Die Regelungen des Stabilitäts- und Wachstumspakt werden im mehr als hundertseitigen Vade Mecum der EU-Kommission (European Commission, 2019) erklärt (...) Die Begrenzung der Schuldenquote auf 60 % und des Defizits auf 3 % sind keine wissenschaftlich hergeleiteten Größen, sondern mehr oder weniger arbiträr gewählt (Priewe, 2020)."

Link: Wirtschaftsdienst

Why 60 and 3 percent? European debt and deficit rules – critique and alternatives

Link: Hans Böckler Stiftung

„(...) die Politik legt sich in Deutschland selbst immer engere Fesseln an: Zuerst wurde in der EU die Schuldenregel der Maastrichter Verträge durchgesetzt. Dann kam die deutsche Schuldenbremse ins Grundgesetz. Wenig später folgte der europäische Fiskalpakt. Doch damit nicht genug: Das neue, zum Ideal erhobene, haushaltspolitische Ziel der deutschen Bundesregierung heißt „Schwarze Null". Es soll nicht mehr nur die Neuverschuldung in Grenzen gehalten, sondern ein Haushaltsüberschuss generiert werden. So wurde eine aktive Fiskalpolitik, die konjunkturelle Schwankungen ausgleicht

Nach oben

und für stabiles Wirtschaftswachstum sorgt, faktisch außer Kraft gesetzt. Schuldenabbau wird über Konjunkturzyklen hinweg zur Priorität der Fiskalpolitik. Vor allem öffentliche Investitionen wurden zurückgefahren. Ergebnis: marode Infrastruktur, unpassierbare Brücken, zu wenig bezahlbarer Wohnraum und vieles mehr."

Link: Bundeszentrale für politische Bildung

Link: ZEIT ONLINE

(Die jährliche Neuverschuldung darf nicht größer sein als 3% des BIP). Das haben sich die Franzosen ausgedacht, im französischen Finanzministerium brauchte man eine Zahl, die solide klang und Frankreich nicht überfordert.

„Er brauche ‚eine Art Regel, etwas Einfaches, das nach volkswirtschaftlicher Kompetenz klinge', ließ der Präsident Bilger ausrichten – und das bitte schnell (...) Rasch kamen sie innerhalb eines Abends (‚es war schon spät', erinnert sich Abeille) überein, dass man als Referenzgröße das BIP heranziehen sollte, weil dies jedermann begreifen könne. Auch die Zahl war schnell gefunden: ‚Wir steuerten damals auf die 100 Milliarden Francs Defizit zu. Das entsprach rund 2,6 Prozent des BIP. Also sagten wir uns: 1 Prozent Defizit wäre zu hart und unerreichbar gewesen. 2 Prozent hätte die Regierung zu stark unter Druck gesetzt. Also kamen wir auf 3 Prozent'."

Link: Frankfurter Allgemeine

Link: Hans Böckler Stiftung

Link: Social Europe

Naja, es war spät. Das ist ein Original-Zitat vom Beamten, der sich's ausgedacht hat.

„Rasch kamen sie innerhalb eines Abends (‚es war schon spät', erinnert sich Abeille) überein, dass man als Referenzgröße das BIP heranziehen sollte, weil dies jedermann begreifen könne."

Link: Frankfurter Allgemeine

Link: Hans Böckler Stiftung

Nach oben

Aber diese 0,5% (…) Der strukturelle Anteil der Schulden wird mit sehr komplexen mathematischen Formeln GESCHÄTZT, weil unklar ist, mit welchen Mitteln man ihn messen soll.

„Besonderer Stein des Anstoßes sind dabei immer wieder die Bestimmung der strukturellen Finanzierungssalden und damit einhergehend die Schätzung der Produktionslücken. Sie sind Kernbestandteile der EU-Fiskalregeln. So darf laut Fiskalpakt das strukturelle Defizit nicht größer als 0,5 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausfallen."

Link: Wirtschaftsdienst

„Angesichts seiner großen Bedeutung ist es notwendig, das Produktionspotenzial möglichst genau zu schätzen. Zu diesem Zweck steht eine kaum noch überschaubare Vielzahl von Methoden und Varianten zur Verfügung."

Link: Bundesbank

Zum Glück haben wir in Deutschland eine Extra-Regelung mit maximal 0,35% struktureller Neuverschuldung.

Pressestimmen (2009) zu den vorausgegangenen Verhandlungen über eine "Schuldenbremse":

„CSU-Chef Horst Seehofer rief eine ‚Wetterwende' aus. SPD-Fraktionschef Peter Struck sprach von einer ‚Sternstunde des Föderalismus'(...) Lange Zeit hatte Bayern sich dagegen gewehrt, in diesen Fonds mit einzuzahlen. Erst auf Druck von Merkel und der anderen Unions-Regierungschefs gab der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer nach. Im Gegenzug setzte er durch, dass sich die Länder noch strengeren Defizit-Vorgaben unterwerfen müssen als geplant. Nach einem Beschluss des Koalitionsausschusses, den Seehofer mit gefasst hatte, sollten Bund und Länder für 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes Kredite aufnehmen können - der Bund für 0,35 Prozent und die Länder für 0,15 Prozent. Dieser Restwert für die Länder wurde jetzt gestrichen."

Link: Frankfurter Rundschau

„Aber die Genugtuung, die Seehofer angesichts der Ergebnisse der Föderalismuskommission zur Bund-Länder-Schuldenbremse demonstriert, ist mindestens ebenso groß wie seine Erschöpfung… Im O-Ton Seehofer klingt das so: ‚Aus einer singulären Position Bayerns wurde eine Position aller.' Ab 2020 verpflichten sich die Bundesländer, keine weiteren Schulden aufzunehmen. Das ist die von Bayern durchgedrückte Null."

Link: SPIEGEL

Nach oben

Rede des Bundesministers der Finanzen, Peer Steinbrück (2009):

„Im Übrigen war es der Vorschlag des Bundes, und zwar sowohl der Vertreter der Exekutive als auch der Parlamentarier, auf Basis des Maastricht-Kriteriums von 0,5 Prozent den Ländern 0,15 Prozent anzubieten. Die Länderfürsten haben sich eine Denkpause genommen. Als Sie wieder hereingekommen sind, haben sie zum Erstaunen der Bundesvertreter, zumindest vieler, die hier sitzen, die Strukturkomponente von 0,15 Prozent nicht angenommen. Ich sage etwas flapsig: Das ist doch deren Problem und nicht mein Problem. Dann sollen sie es regeln. Ich habe nichts dagegen, wenn sie diese Position im Bundesrat verändern."

Link: Bundesregierung

„Die Schuldenbremse des Bundes ist nicht so streng wie die der Bundesländer. Der Bund darf sich jedes Jahr um 0,35 Prozent verschulden (plus ein bisschen mehr, wenn die Wirtschaft mies läuft), die Bundesländer hingegen gar nicht – das sogenannte »strukturelle Defizit« liegt bei null Komma null. Damit sind die deutschen Schuldenregeln strenger als die EU-Regeln, die 0,5 Prozent Neuverschuldung erlauben. Wieso? Weil Horst Seehofer als Chefverhandler für die Bundesländer besonders streng und diszipliniert sein wollte (...) Und tatsächlich wurde das zum Problem. Das Gros der öffentlichen Investitionen wird in Deutschland nämlich in den Ländern und Kommunen getätigt. Und die Länder wiederum sind für die finanzielle Ausstattung der Kommunen zuständig. Logischerweise gilt also: Je enger die finanzielle Zwangsjacke der Länder, desto schlechter die Finanzierung der Kommunen, desto gravierender die Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit."

Link: JACOBIN

Die Schuldenbremse war halt ein Kuhhandel zwischen Bund und Ländern (…) Die brauchten noch 'n Ergebnis für ihre Föderalismuskommission in 2009.

„Sie wollten zur letzten Sitzung der Föderalismuskommission II die große Einigung schaffen, wenigstens in der Schuldenfrage."

Link: SPIEGEL

„Von den großen Reformplänen ist wenig übrig - Eigentlich hatte die am 8. März 2007 eingesetzte Föderalismuskommission II noch weiterreichende Ziele als die jetzt grundsätzlich besiegelte Schuldenbremse. Sie sollte die Finanzbeziehungen von den Ländern und zum Bund grundsätzlich neu regeln. Das stand sogar im Koalitionsvertrag. Aber davon spricht niemand mehr, genauso wenig von einer zentralen Steuerverwaltung oder gar einem Neuzusammenschnitt der Bundesländer."

Link: SPIEGEL

Nach oben

„Großes war einst angedacht. Als die Kommission ins Leben gerufen wurde, dachte man kurz sogar an einen Neuzuschnitt der Bundesländer, sehr kurz. Seither wurden die Ansprüche stetig geschrumpft. Der neue Länderzuschnitt? Längst als virtuelle Föderalismusreform III eingesargt. Zentrale Steuerverwaltung, Altschuldenabbau und Eindämmung der Neuverschuldung? Schwierig, schwierig. Es gebe "unterschiedlichen Ehrgeiz", etwa wie weit die Neuverschuldung begrenzt werden soll, heißt es in einem aktuellen internen Vermerk der Kommission. Der Abbau von Altschulden sei vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltsentwicklung ein ‚ambitioniertes Vorhaben'. Demgegenüber wäre es doch schon ‚ein großer Fortschritt', wenn man die Neuverschuldung eindämme."

Link: SPIEGEL

„Auch in vielen Medien wurde am Wochenende die grundsätzliche Einigung der Föderalismuskommission als Erfolg gefeiert. Über den längst fälligen ‚Einstieg in den Ausstieg' vom Schuldenmachen wurde berichtet. Bestenfalls wurde kritisiert, dass dem Bund überhaupt noch ein winziger Spielraum zur Kreditaufnahme bleibt."

Link: SPIEGEL

„Wenig Chancen hat auch Matthias Platzecks Vorschlag, den Ländern wenigstens eine Neuverschuldung von 0,15 Prozent des BIP zu gewähren. Dies hatte der Ministerpräsident von Brandenburg vorgeschlagen, wohl auch um der SPD-Linken eine - allerdings wackelige - Brücke zu bauen."

Link: taz

In der Rezession darf man ja ganz offiziell – trotz Schuldenbremse – zusätzliche Schulden machen, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Man nennt das „Konjunkturkomponente."

„Die Konjunkturkomponente bestimmt, wie sehr sich der Bund verschulden darf, um einen wirtschaftlichen Abschwung auszugleichen, beziehungsweise wie sehr er im Aufschwung sparen muss, um Schulden wieder zurückzufahren. Ziel ist, dass wirtschaftliche Abschwünge abgefedert werden können, ohne dass es zu dauerhafter Verschuldung kommt. Über einen gesamten Wirtschaftszyklus betrachtet, sollte die Konjunkturkomponente daher bei null liegen."

Link: Dezernat Zukunft

Link: Dezernat Zukunft

Nach oben

Produktionspotenzial

„Das Produktionspotenzial ist eine geschätzte Größe, die in die Berechnung der Konjunkturkomponente mit einfließt: Die Differenz zwischen Produktionspotenzial und tatsächlichem BIP (die Produktionslücke) multipliziert mit der Budgetsemielastizität ergibt die Konjunkturkomponente.

Es beruht auf der Idee, dass eine Volkswirtschaft ein langfristig festgelegtes Produktionsniveau habe, das nicht dauerhaft überschritten werden könne, ohne Inflation zu erzeugen."

Link: Dezernat Zukunft

Studie: Finanzierung öffentlicher Zukunftsinvestitionen nach dem Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts, von Tom Krebs > die Grafiken der Sendung, sind angelehnt an die Abbildungen zum Produktionspotenzial und Konjunkturkomponente Abb.2, S.11 sowie Abb.3, S. 26

Link: Heinrich Böll Stiftung

Durch die Krisen liegt unsere Wirtschaftsleistung um 7 % unter dem, was wirtschaftlich möglich gewesen wäre. Die Regierung dürfte allein wegen der Konjunkturkomponente eigentlich 60 Milliarden zusätzlich an Krediten aufnehmen, um die Wirtschaft anzukurbeln und diese Lücke zu schließen!

„In der aktuellen Situation bedeutet die Anwendung dieser Methode, dass die sogenannte Produktionslücke – die Differenz zwischen Produktionspotenzial und BIP – rund 7 Prozent beträgt (...) Mit einer solchen Produktionslücke ergäbe sich allein aufgrund der Konjunkturkomponente für das Haushaltsjahr 2024 eine zulässige NKA gemäß von rund 61 Milliarden Euro."

Link: Heinrich Böll Stiftung

Das sind ja die 60 Mrd. Euro, die der Ampel nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Haushalt fehlen.

Link: Süddeutsche Zeitung

Nach oben

Die Regierung sagt einfach, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die die Vorgänger-Regierung 2019 noch gesehen hat, aufgrund der Krisen jetzt dauerhaft zerstört seien! Unser Potential liegt jetzt hier!

Produktion und Wachstumstrend in Deutschland 2010–2023; Abbildung 3, S.26

Link: Heinrich Böll Stiftung

Deutschland darf wegen dieser pessimistischen Auslegung nur lumpige 6 Milliarden zusätzliche Schulden machen.

Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten Schätzungen der Bundesregierung, Tabelle 1: Produktionslücken, Budgetsemielastizität und Konjunkturkomponenten; S.2

Zahlen für 2025 > Konjunkturkomponente hier: –6,4 Mrd. Euro

Link: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Allein im Verkehrsbereich liegt der Investitionsbedarf bei den Kommunen bei 372 Milliarden!

„Der Investitionsbedarf für Erhalt und Erweiterung von Schienennetzen und Straßen in Städten, Landkreisen und Gemeinden bis 2030 beträgt insgesamt rund 372 Milliarden Euro.

Ein Drittel der Straßen weist größere Mängel auf.

Ein Drittel der Kommunen bewertet den Zustand ihrer bestehenden Streckennetze für alle Verkehrsträger mindestens mit ‚gut'.

Fast jede zweite Straßenbrücke in den Kommunen ist in keinem guten Zustand, ebenso wie die ÖPNV-Netze.

Die ÖPNV-Brücken und -Tunnel sind im Vergleich besser erhalten: Etwa zwei Drittel davon sind neuwertig oder in einem guten Zustand.

Mit rund 283 Milliarden Euro entfällt der deutlich größte Teil auf den Nachhol- und Ersatzbedarf bei der Straßenverkehrsinfrastruktur der Kommunen.

Bei der ÖPNV-Infrastruktur lässt sich der Nachhol- und Ersatzbedarf bis zum Jahr 2030 auf 64 Mrd. Euro beziffern.

Der größte Teil der voraussichtlich erforderlichen Investitionen im ÖPNV entfällt auf U-Bahn- sowie Stadt-/Straßenbahnstrecken in Tunnellage."

Nach oben

Link: BUNDES INGENIEURSKAMMER

Laut der Produktionslückentheorie, die das Wirtschaftsministerium für seine Berechnung zugrunde legt, sollen gar nicht alle arbeiten - die Arbeitslosigkeit ist gewollt, sonst kommt es angeblich zu Inflation

Mut zur Lücke - Bestimmung der wirtschaftlichen Kapazitätsauslastung als Grundlage der Haushaltspolitik – Eine technische Herausforderung vor allem in Krisenzeiten

Link: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

„Auf die Lücke kommt es an (...) Nun lässt sich das tatsächliche Wachstum zwar beobachten, nicht aber das bei Vollauslastung maximal mögliche. Es wird grob vereinfacht in aller Regel dadurch bestimmt, dass der Trend beim Wachstum (beziehungsweise bei Arbeitslosenquote und Investitionen) der Vergangenheit in die Zukunft fortgeschrieben wird. Das bedeutet aber: Wenn wegen einer schweren Krise das Wachstum einige Zeit sehr niedrig ausfällt, sinkt bei dieser Methode automatisch auch das maximal mögliche Wachstum. Dann verringert sich der Output Gap und der strukturelle Anteil des Budgetdefizits steigt. Das Land muss mehr sparen.

Das Problem dabei: Möglicherweise wird ein Strukturproblem diagnostiziert, wo es sich doch um ein Nachfrageproblem handelt. Spanien etwa hatte laut Kommission im vergangenen Jahr eine Produktionslücke von nur 4,6 Prozent – bei einer Arbeitslosenquote von mehr als 20 Prozent."

Link: ZEIT ONLINE

„Die Schätzungen sind politisch - Outputlücken-Schätzungen beschränken die finanzpolitischen Handlungsspielräume (...) Die Outputlücke sollte anzeigen, wann die Kapazitäten einer Volkswirtschaft voll ausgelastet sind und deshalb Inflationsdruck entsteht. Wenn eine große Outputlücke geschätzt wird, zeigt das eine erhebliche Unterauslastung der Produktionsfaktoren an. Ohne Lücke operiert die Wirtschaft hingegen nahe an ihrem Produktionspotenzial, dann droht bei expansiver Wirtschaftspolitik eine sich beschleunigende Inflation. (...) Überlegungen zur Outputlücke sind relevant in makroökonomischen Theorien.

Das Interessante ist aber, dass Schätzungen zur Outputlücke eine große Bedeutung in der wirtschaftspolitischen Praxis haben. Dort gibt die Lücke Anhaltspunkte für die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik. Wenn die Wirtschaft nahe an ihrem Produktionspotenzial operiert, kann nachfrageorientierte, expansive Politik wenig erreichen. Senkt sie zum Beispiel durch zusätzliche Staatsausgaben die Arbeitslosigkeit, droht schon sich beschleunigende Inflation.

Gibt es theoretische Kritikpunkte an der Berechnung und Alternativen?

Nach oben

Es gibt unterschiedliche theoretische Hintergründe: Im keynesianischen Konzept ist das Produktionspotenzial das Niveau der Produktion, das eine Volkswirtschaft bei Vollbeschäftigung maximal erreichen kann – unter der Beschränkung, dass die Inflation nicht exzessiv ausfällt. Dieses Konzept ist seit den 1970er Jahren verdrängt worden und kommt heute nicht zur Anwendung. Das in der EU gängige Modell ist neoklassisch geprägt, es geht um die »normale« Auslastung der Produktionsfaktoren, ohne dass Inflationsdruck entsteht.

Die Gründe für die prozyklischen Schätzungen liegen in den Details der statistischen Filter. So treiben beispielsweise Krisen die Schätzungen der »strukturellen« Arbeitslosenquote hoch, was zur Unterschätzung der Unterauslastung der Wirtschaft führt."

Link: OXI

Die Eurokrise im Spiegel der Potenzialschätzungen

Link: WISO

Die Macht ökonomischer Modelle am Beispiel des „Potential Output"-Modells der Europäischen Kommission.

Link: Momentum

EU-Kommission wehrt sich gegen Kritik an ihrer Haushaltskontrolle

Link: Handelsblatt

What Is the Output Gap?

Link: International Monetary Fund

(...)diese Theorie, wurde die mit ökonomischem Sachverstand auf streng wissenschaftlicher Basis (…) widerlegt? Ja, in der Fachwelt spricht man vom „Outputlücken-Nonsens".

Auch Deutschland wird zum Opfer des „Outputlücken-Nonsense"

Link: MAKRONOM

Link: MAKRONOM

Link: MAKRONOM

Nach oben

Output gap nonsense - “Adam Tooze explains how a false exactitude in economics has led to a terrible politics in the EU”

Link: Social Europe

From paradigms to policies: Economic models in the EU’s fiscal regulation framework

Link: JOHANNES KEPLER UNIVERSITY LINZ

Die Kampagne gegen „unsinnige“ Produktionslücken

Link: bruegel

Output Gap Nonsens“ und die EU-Fiskalregeln

Link: Institut for New Economic Thinking

Vielleicht hat sich die amerikanische Notenbank deshalb von dieser Theorie verabschiedet.

Is the Output Gap a Faulty Gauge for Monetary Policy?

Link: FEDERAL RESERVE BANK

Fed staff error reveals “potential” output is mostly nonsense

Link: FINANCIAL TIMES

Link: FEDERAL RESERVE BANK

Link: Institute for Monetary and Financial Stability

Der Haushalt ist das Königsrecht des Parlaments. Die Volksvertreter müssten entscheiden, wie viel und wo investiert wird. Stattdessen berechnen windige Technokraten mit Nonsens Rechnungen im Keller des Wirtschaftsministeriums, wie viel Geld ausgegeben werden darf.

„Eine neue deutsche Finanzpolitik (...) Über Jahrzehnte war die deutsche Fiskalpolitik von der Idee geprägt, dass die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen an der Schuldenquote zu messen sei; die Schuldenquote wiederum sei am besten über das jährliche Haushaltsdefizit zu kontrollieren. Mit der Einführung der Schuldenbremse fand dieser Ansatz 2009 Eingang in die deutsche Verfassung.

Die neuere Forschung hat jedoch herausgearbeitet, dass dieses Paradigma im heutigen Kontext zu suboptimalen Ergebnissen führt (...) Dieses Working Paper baut auf der

Nach oben

Debatte auf und geht einen Schritt weiter, indem es nicht von den Unzulänglichkeiten des heutigen Paradigmas, sondern von einer positiven Zielsetzung aus in Richtung neuer Reformideen denkt."

Link: Dezernat Zukunft

„Welche politischen Probleme ergeben sich daraus? In der EU sind die Folgen dramatisch, weil die Schätzungen rechtlich bindend sind. »Strukturelle« Budget-Defizite berechnet man auf Basis der Outputlücke. Die technischen Aspekte können somit gravierende Auswirkungen auf finanzpolitische Spielräume haben. So, wie es gerade in der EU läuft, haben wir einen restriktiven, intransparenten Expertenkäfig, der demokratisch legitimierte Budgetpolitik einschränkt, wobei die Qualität des zugrunde liegenden Modells wissenschaftlich und politisch umstritten ist."

Link: OXI

Die Ausgestaltung der Konjunkturkomponente steht nicht in der Verfassung, d.h. ich brauche gar nicht die Opposition, sondern das kann die Regierung selbst entscheiden.

„Wird die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse ihrer Aufgabe noch gerecht? Eines spart jedoch auch die Verordnung aus: Die Präzisierung des Begriffs Normalauslastung. Die rechtliche Ausgestaltung der Schuldenbremse, insbesondere der Konjunkturkomponente, stützt sich also erheblich auf Konzepte und Fachbegriffe der ökonomischen Theorie, die sogar Eingang in Gesetzestexte findet.

Trotzdem bleibt die Bestimmung der Konjunkturkomponente und damit die Höhe der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme am Ende stark von der Auslegung des Begriffs Normalauslastung abhängig, der im rechtlichen Kontext nicht weiter spezifiziert wird."

Link: Dezernat Zukunft

„Konjunkturkomponente reformieren- (...)Das aktuelle Schätzverfahren (Havik et al., 2014) gilt als revisionsanfällig und erschwert eine konjunkturgerechte Haushaltsplanung (Ademmer et al., 2019)."

Link: SACHVERSTÄNDIGENRAT

„Rechtsgutachten zur Konjunkturkomponente – Das Gutachten stellt dar, dass die verfassungsrechtliche Konzeption der Schuldenbremse Spielräume für die Ausgestaltung der Konjunkturkomponente eröffnet. Diese betreffen insbesondere die Festlegung der ‚Normallage', zu deren Bestimmung hypothetische, aber nicht unrealistische Annahmen getroffen werden müssten. Aus der Normallage dürfe nicht im Rahmen der Ausgestaltung oder Anwendung der Konjunkturkomponente eine ‚Ideallage' gemacht werden.

Nach oben

Zudem seien auch die Verschuldungsspielräume limitiert. Überschreitet das Defizit 1,5% des BIPs müsse es konjunkturgerecht zurückgeführt werden. Die derzeitigen Regelungen auf Gesetzes- und Verordnungsebene träfen keine Bestimmungen über die Inputfaktoren und die diesen zugrundeliegenden Annahmen. „Die Zusammenschau der Vorschriften zeigt, dass die in das Konjunkturbereinigungsverfahren einzustellenden Annahmen über die ‚normal ausgelasteten Produktionsfaktoren Arbeit und Kapitalstock' letztlich keine formell- und materiell-gesetzliche Festlegung erfahren".

Link: Dezernat Zukunft

„Die Konjunkturkomponente" wird heute nicht nur aus ökonomischer, sondern auch aus demokratischer Perspektive problematisch gesehen.

Link: Verfassungsblog

(...) ich muss nur Christian Lindner überzeugen. Aber der ist doch auch in der Opposition?

„FDP-Chef und Finanzminister Lindner mag die Ampel nicht. Vor allem hadert er mit den Grünen. Die FDP wirkt wie die Opposition in der Regierung. Wie will er in diesem Modus für das Bündnis werben?"

Link: TAGESSPIEGEL

„Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) hat die Ampelkoalition von Bundeskanzler Olaf Scholz aufgefordert, die Haushaltskrise nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeitnah beizulegen. Außerdem solle FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner aufhören, Oppositionspolitik in der Regierung zu betreiben."

Link: RedaktionsNetzwerk Deutschland

Nach oben

„Captain Ahab Lindner“

Das Land steht vor der größten Transformation seiner Geschichte! Wir reden hier – im Angesicht der gewaltigen Herausforderungen durch den Klimawandel – immerhin von der gesamten Infrastruktur und Wirtschaft.

Herausforderungen und Chancen der industriellen Transformation

Link: Wuppertal Institut

„Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat die Beratungen zum Haushalt 2025 mit einem Sparappell an seine Kabinettskollegen gestartet. ‚Im Bundeshaushalt zeichnet sich ein deutlicher, struktureller Konsolidierungsbedarf ab‘, heißt es in einem Schreiben des Bundesfinanzministeriums an die anderen Ressorts.”

Link: Handelsblatt

#EinfachFragen – Christian Lindner antwortet zu nationalen Herausforderungen und zum Sparen:

Link: Bundesministerium der Finanzen

Wir brauchen über 500 Mrd. in den nächsten 10 Jahren. Und wie gedenken Sie, diese riesige Transformation ohne neue Schulden zu schultern? Wir brauchen dreistellige Milliardenbeträge. (…)

„In der vorliegenden Studie wird dieser Investitionsbedarf in den Bereichen Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr und sozialem Wohnungsbau auf jährlich rund 50 Milliarden Euro geschätzt, wovon jährlich rund 30 Milliarden Euro zusätzliche Finanzierungbedarfe des Bundes sind.”

Link: Heinrich Böll Stiftung

Schuldenbremse einhalten oder zusätzliche Investitionen? Wie beides gelingt

Link: Forum New Economy

Und wie gedenken Sie, diese riesige Transformation ohne neue Schulden zu schultern? (…) Mit Priorisierung.

„Wir müssen klare Prioritäten setzen (...) Bundesfinanzminister Christian Lindner macht deutlich, dass die Staatsausgaben grundlegend überprüft werden müssen (...) Für ihn seien Steuererhöhungen und Umgehungen der Schuldenbremse ausgeschlossen. ‚Wir

Nach oben

müssen einfach wieder lernen, mit dem Geld zu wirtschaften, das die Bürger uns zur Verfügung stellen‘, so Lindner.”

Link: FDP

Link: Bundesministerium der Finanzen

„Drei Jahre ohne neue Sozialausgaben und Subventionen - das schlägt Finanzminister Lindner vor. So könne Deutschland Geld in seine Verteidigung investieren.”

Link: tagesschau

Es gibt einen smarteren Weg! Smarter als mein Vorschlag? (...) Der Sozialstaat muss treffsicherer werden.

„Christian Lindner: Wir werden uns mit der Tatsache anfreunden müssen, unseren Sozialstaat treffsicherer zu machen. Wenn man das Wort Sozialstaat erwähnt, werden sofort Befürchtungen allenthalben und insbesondere bei Sozialdemokraten und Grünen geweckt. Aber es geht mir nicht darum, Menschen, die einen Schicksalsschlag hatten, die notwendige Unterstützung zu versagen oder generell das Solidaritätsprinzip unserer Gesellschaft zu kündigen.

Die Absicht hat niemand. Aber die Frage muss doch erlaubt sein, ob nicht durch smarte Veränderungen an unseren Sozialsystemen gleichzeitig die Lebenschancen der Menschen verbessert und der öffentliche Haushalt entlastet werden können. Ganz konkret stellt sich doch die Frage: Wie kann es gelingen, mehr Menschen aus dem Bezug einer Sozialleistung heraus in die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu führen? Hier wünsche ich mir ein höheres Ambitionsniveau.”

Link: Bundesministerium der Finanzen

„Clemens Fuest, der Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts ifo, geht davon aus, dass auch an Kürzungen im Sozialbereich kein Weg vorbeiführen werde. ‚Kanonen und Butter - das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.‘ Der Sozialstaat werde weiter finanziert, ‚aber er wird halt kleiner ausfallen‘.“

Link: tagesschau

„Das Umweltbundesamt weist mehr als 40 umweltschädliche Subventionen mit einem Gesamtvolumen von über 65 Mrd. Euro pro Jahr aus.”

Link: Umwelt Bundesamt

Nach oben

„Finanzminister Lindner sieht Deutschland in einer tiefen Krise (...) Beim Subventionsabbau müsse immer geprüft werden, ob sie ihre Ziele erreichen. Auch ein Abbau vermeintlich umweltschädlicher Subventionen könnte den falschen Bereich treffen. (...) ‚Es wird derzeit noch verhandelt. Aber ich habe durchaus Vorschläge gemacht', meinte Lindner zu seiner Position."

Link: WELT

Ich habe schon einmal gesagt: die Schuldenbremse ist eine Bequemlichkeitsbremse.

„Die #Schuldenbremse ist vor allem eine Bequemlichkeitsbremse, so Minister @c_lindner im @ZDF. Die Politik darf sich nicht von mutigen und herausfordernden Entscheidungen lösen, indem neue Schulden gemacht werden. Deswegen sollten wir uns der Mühe unterziehen, im Haushalt Prioritäten zu setzen."

Link: X

Und es ist für die FDP nun mal bequemer nicht die eigene Klientel zu treffen; und die Ärmsten, wie soll ich sagen, gehören nun mal nicht…

„Finanzminister Lindner sieht Deutschland in einer tiefen Krise. ‚Die Standortbedingungen haben sich dramatisch verschlechtert.' Beim Subventionsabbau müsse immer geprüft werden, ob sie ihre Ziele erreichen. Auch ein Abbau vermeintlich umweltschädlicher Subventionen könnte den falschen Bereich treffen. (...) ‚Es wird derzeit noch verhandelt. Aber ich habe durchaus Vorschläge gemacht', meinte Lindner zu seiner Position. ‚Schauen wir doch erst einmal, wo der Staat mit dem Geld, das er hat, besser umgehen und effizienter seine Ziele erreichen kann. Das gilt ganz besonders für die enorm gestiegenen Sozialausgaben', betonte der FDP-Chef. Dort müsse das Geld effektiver eingesetzt werden. ‚Wir müssen mehr Menschen in Arbeit bringen, die jetzt Bürgergeld in Anspruch nehmen'."

Link: WELT

Nach oben

Die Schuldenbremse engt also die Handlungsfähigkeit des Staates NICHT ein – was dadurch bewiesen wird, dass wir sie immer dann aussetzen, wenn es ENG wird?

„Angesichts des anhaltenden Krisenmodus mit Blick auf den Krieg in der Ukraine stellt sich die Frage, wie es mit den Staatsfinanzen weitergeht. Im Jahr 2022 kommen die normalen Regeln der Schuldenbremse aufgrund der Corona-Pandemie das dritte Jahr in Folge nicht zur Anwendung."

Link: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Link: SPIEGEL

Link: ZEIT ONLINE

Eng wird es vor allem dann, wenn eine höhere Verschuldung die Spielräume des Staates einengt, durch höhere Zinsausgaben. Gegenüber meinem Vorgänger sind die Zinsen von 4 auf 40 Milliarden gestiegen.

„Lindner hatte in Interviews gesagt, in diesem Jahr müsse der Bund rund 40 Milliarden Euro für Zinsen aufwenden – eine Verzehnfachung gegenüber den Ausgaben des Jahres 2021. Aus der Antwort auf die Anfrage geht hervor, dass es bei einer präziseren Rechenmethodik nur knapp 17 Milliarden Euro sind."

Link: ZEIT ONLINE

Die Bundesbank hat gesagt: hätten Sie die internationalen Rechnungslegungsnormen ökonomisch sachgerecht angewandt, hätten Sie sagen müssen, dass Sie nur ca. 8 Milliarden mehr Zinsen zahlen müssen.

Kreditaufnahmebericht des Bundes; Abbildung 6: Jährliche entstehungs- und aufwandsorientierte Zinsausgaben 1996 bis 2022, S.19

Zinskosten für 2021 nach periodengerechter Verbuchung > ca. 8 Milliarden Euro

Link: Bundesministerium der Finanzen

„Die Bundesregierung hat die Zinsausgaben des Jahres 2023 für den Entwurf des Nachtragshaushalts 2023 mit 36,83 Milliarden Euro geschätzt. Würden die Zinsausgaben des Jahres 2023 periodengerecht abgegrenzt verbucht, läge dieser Wert um 16,99 Milliarden Euro niedriger bei 19,84 Milliarden Euro."

Link: ZEIT ONLINE

Nach oben

„Im Jahr 2021 wurden die Zinsausgaben um den Saldo aus Agio und Disagio in Höhe von rund 11 Milliarden Euro gemindert. Im Zeitraum von 2014 bis 2021 summierte sich der Saldo auf rund 47 Milliarden Euro, das heißt, die originären Zinsausgaben des Bundes waren um diesen Betrag höher als im Haushalt ausgewiesen.

Die im Bundeshaushalt abgebildeten Zinsausgaben sind in den vergangenen Jahren folglich nach unten verzerrt gewesen“

Link: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Es gibt ja welche, die sagen: „Schulden, die das Wachstum steigern, könnten sich positiv auf das Rating auswirken“. (…) Wer sollte das sein? (…) Rating-Agenturen.

„Christian Lindners seltsame Sorge um Deutschlands Schuldenstand -Unablässig drängt Finanzminster Lindner darauf, Staatsschulden abzubauen. Seine Warnung: Deutschland könnte die Rating-Bestnote Triple-A verlieren. Doch Fachleute widersprechen (...) Für ein Triple-A-Rating muss man nicht unbedingt auf neue Schulden verzichten«, sagt Eiko Sievert von der Agentur Scope.”

Link: SPIEGEL

Peer Steinbrück ist einer der Väter der Schuldenbremse. (…) Steinbrück hat gesagt, Zitat: „er findet die Schuldenbremse nicht mehr zeitgemäß“.

„Peer Steinbrück hält Schuldenbremse »für nicht mehr zeitgemäß« -In seiner Amtszeit wurde die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert: Nun fordert Peer Steinbrück eine Reform des Mechanismus. Der SPD-Politiker verweist auf »einen extremen Investitionsbedarf«.

Link: SPIEGEL

Das ist Michael Hüther, der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft. (…) das ist eines der wirtschaftsliberalsten Institute Deutschlands (…) Was ihn nicht davon abhält, Investitionen von der Schuldenbremse ausnehmen zu wollen!

„Regierung und Opposition könnten analog zum Bundeswehr-Sondervermögen sagen: Wir haben mit der Klimatransformation eine große, vor allem mehrjährige Aufgabe und nehmen Investitionen dafür von der Schuldenbremse aus.”

Link: INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

„Aus meiner Sicht ist die Schuldenbremse in ihrer heutigen Form aus der Zeit gefallen. Die Beschränkung der Neuverschuldung auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist nicht begründet, weder theoretisch noch empirisch.”

Nach oben

Link: Capital

So, die fünf Wirtschafsweisen – weg damit, (…) Ist denn unter den fünfen nicht EINER …? (…) Nein. Die wollen alle die Schuldenbremse „flexibilisieren“.

“Eine pragmatische Reform könnte durch Anpassung der Schuldenbremse an drei Stellen die Flexibilität der Fiskalpolitik erhöhen, ohne die Stabilität zu gefährden.”

Link: SACHVERSTÄNDIGENRAT

Link: Capital

Den (Beirat des Deutschen Wirtschaftsministers) hatte ich übersehen. Die wollen Investitionen von der Schuldenbremse ausnehmen.

„Berlin, 5.12.2023 – Der Wissenschaftliche Beirat beim BMWK hat heute ein Gutachten zum Thema Finanzierung von Staatsaufgaben: Herausforderungen und Empfehlungen für eine nachhaltige Finanzpolitik veröffentlicht (...)Der Beirat sieht eine Schuldenbremse grundsätzlich als sinnvoll und notwendig an, um der Kurzfristorientierung der Politik entgegenzuwirken, insbesondere der Tendenz, die Kosten heutiger Staatsausgaben auf zukünftige Generationen zu verlagern. „Die gleiche Kurzfristorientierung macht es aber auch attraktiver, staatliche Konsumausgaben zu Lasten staatlicher Investitionen zu tätigen. Darum ist eine Reform der Schuldenbremse sinnvoll“ sagt der Vorsitzende des Beirats, Prof. Dr.Eckhard Janeba.”

Link: BMWK

Nicht die Bundesbank! Die Gralshüter der Stabilität (…) Was glauben Sie von wem die fünf Wirtschaftsweisen ihre Idee mit der Flexibilisierung hatten!?

Link: Frankfurter Allgemeine

Nimmst du den IWF?

Link: Handelsblatt

Ich nehm die internationalen Finanzblätter!

Link: Deutschlandfunk

Nach oben

Der Economist hat geschrieben: „Heute die Schuldenbremse vor das Erreichen von Wachstum zu setzen, wäre (…) ein perverser Akt der Selbstzerstörung.“

Link: The Economist

Link: JACOBIN

Das bedeutet: SIE SIND der Geisterfahrer!

„Geisterfahrt in fragilen Zeiten - Letzte Woche hat der Haushaltsausschuss den Bundeshaushalt für 2024 verabschiedet. Die Kürzungen fallen zwar weniger drastisch aus, als zu Beginn des Jahres angenommen. Doch im Vergleich zu seinen internationalen Partnerländern ist Deutschland nach wie vor auf finanzpolitischer Geisterfahrt (...) Die USA investieren kräftig in Infrastruktur, in Forschung und Entwicklung, in die Ansiedlung strategischer Industrien und — dank des Inflation Reduction Acts — endlich auch in Dekarbonisierung. Frankreich verfolgt ein Defizit in stabiler Höhe, balanciert dabei Kürzungen bei Rente mit Investitionen in Bildung und Verteidigung. Auch in den G7 insgesamt stehen die Zeichen auf stabilen Defiziten, mit sachter Konsolidierung in den kommenden Jahren. Trotz multipler Krisen verfolgt Deutschland hingegen eine Defizitreduktion, die weder makroökonomisch noch aus Gründen der Schuldentragfähigkeit angezeigt ist.”

Link: Dezernat Zukunft

Ihr Lars P. Feld. Im Grunde der einzige Ökonom, der noch 100% zur Schuldenbremse steht.

BMF-Monatsbericht Februar 2024:

“Blick von außen – Der ökonomische Gastbeitrag:

Ist die Schuldenbremse noch zeitgemäß?

Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld ist Persönlicher Beauftragter des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF.

Der Gastbeitrag von Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld für diesen BMF-Monatsbericht ist als Blick von außen und als Beitrag zum allgemeinen Diskurs zu verstehen; er gibt nicht notwendigerweise die Meinung des BMF wieder”

Ebenso in diesem Monatsbericht >

Im Interview: Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld

Nach oben

„Im Kontext einer möglichen Wirtschaftswende kommt immer wieder die Frage der Schuldenbremse auf. Welche Rolle spielt diese mit Blick auf den Aufschwung?"

Link: Bundesministerium der Finanzen

Er ist Ihr persönlicher Berater. Ein weiterer Vater der Schuldenbremse. Sein Institut ist der Public Choice Theorie eng verbunden.

„Lars P. Feld (*9. August 1966 in Saarbrücken) ist Leiter des neoliberalen Walter Eucken Institut sowie Mitglied diverser neoliberaler Netzwerke (Stiftung Marktwirtschaft, Ludwig-Erhard-Stiftung, ECONWATCH). Er war von von 2011 bis 2021 Mitglied und seit März 2020 Vorsitzender des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU und Kuratoriumsmitglied der Impuls-Stiftung des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA) ist er bestens mit Vertretern der Privatwirtschaft vernetzt. Im Februar 2022 hat Christian Lindner Feld zum „Persönlichen Beauftragten des Bundesministers der Finanzen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung" bestellt. Feld ist Mitglied des „Program Committees" der 75. Mitgliederversammlung der Mont Pelerin Society vom 4. - 8. Oktober 2022 in Oslo"

Link: LOBBYpedia

„Mit James M. Buchanans (1919–2013) Ideen konnte die traditionelle Freiburger Ordnungsökonomik an die Neue Konstitutionenökonomik anknüpfen. Eine enge persönliche Bindung zum Walter Eucken Institut, dessen Ehrenpräsident er von 2004 bis zu seinem Tod 2013 war, entstand in der Amtszeit von Viktor Vanberg, der mit ihm lange Jahre zusammengearbeitet hatte. Buchanan war als Mitbegründer der ökonomischen Theorie der Politik und Erneuerer klassisch liberaler Verfassungstheorien war bis zu seinem Promotionsstudium an der University of Chicago 1948 radikal wirtschafts- und staatskritisch, ein „flammender Sozialist", wie er sich selbst beschrieb.

Unter dem Einfluss von Frank Knight, dessen theoretischer Ansatz dem Ordoliberalismus ähnelte, wurde Buchanan zu einem Anhänger marktwirtschaftlicher Ordnungsideen. Seine Arbeiten zu Föderalstaaten, insbesondere zum Wettbewerb zwischen Gebietskörperschaften, sind für die aktuellen Forschungsprojekte am Walter Eucken Institut von großer Bedeutung."

Link: Walter Eucken Institut

Nach oben

„Seit 2002 ist Feld zurück in Deutschland und hat sich hier für eine Schuldenbremse nach Schweizer Modell eingesetzt (…) Die deutsche Schuldenbremse ist so etwas wie Felds wissenschaftliches Baby. „Der Erfolg hat viele Väter“, wiegelt er bescheiden ab."

Link: Frankfurter Allgemeine

Im Jahr 2007 wurde er als Sachverständiger für die Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Föderalismuskommission II) benannt und wirkte somit beratend an der neuen deutschen Schuldenbremse mit. Von 2005 bis 2012 war er federführender Herausgeber der Perspektiven der Wirtschaftspolitik und von 2007 bis 2009 Präsident der European Public Choice Society“

Link: FRIAS

FAZ/2011 Lars Feld - Ein Wirtschaftsweiser mit Schweizer Brille –

“Durch einige Medien geisterte schon die Formulierung, der jugendlich wirkende Finanzwissenschaftler sei ein „Hardliner“ - weil er für einen strikten Konsolidierungskurs zur Einhaltung der Schuldenbremse eintritt. Das hält Feld, der auch Sprecher des liberalen Kronberger Kreises ist, für unbedingt notwendig, wenn der Staat nicht in Schulden ertrinken will. Die seit 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenregel ist so etwas wie sein wissenschaftliches Baby, denn sie basiert auf Entwürfen, die er gemeinsam mit anderen Ökonomen im wissenschaftlichen Beirat des Finanzministeriums erarbeitet hat. (...) Auch an Einschnitten in Sozialausgaben führe kein Weg vorbei, glaubt Feld, zu dessen Forschungsgebieten die Schattenwirtschaft und die Schwarzarbeit gehören (...) Mit anderen Ökonomen aus dem Kreis um Bruno Frey hat Feld zur „Public Choice“ geforscht, der ökonomischen Theorie der Politik. Das hat sein Verständnis für die Möglichkeiten und Grenzen der Politikberatung geschärft.”

Link: Frankfurter Allgemeine

Die Schuldenbremse. Über eine paradoxe Regierungstechnologie der Austerität

Link: geschichte der gegenwart

Herr Lindner, Sie sind alleine!

Mitnichten. Das Bundesverfassungsgericht hat mir einen klaren AUFTRAG zum Sparen gegeben

Link: tagesschau

Nach oben

Wir müssten unsere Ausgaben jetzt… besser begründen und korrekt verbuchen.

„Das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 entspricht nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen an notlagenbedingte Kreditaufnahmen. Der Senat stützt seine Entscheidung auf drei, jeweils für sich tragfähige Gründe:

Erstens hat der Gesetzgeber den notwendigen Veranlassungszusammenhang zwischen der festgestellten Notsituation und den ergriffenen Krisenbewältigungsmaßnahmen nicht ausreichend dargelegt.

Zweitens widerspricht die zeitliche Entkoppelung der Feststellung einer Notlage gemäß Art. 115 Abs. 2 Satz 6 GG vom tatsächlichen Einsatz der Kreditermächtigungen den Verfassungsgeboten der Jährlichkeit und Jährigkeit. Die faktisch unbegrenzte Weiternutzung von notlagenbedingten Kreditermächtigungen in nachfolgenden Haushaltsjahren ohne Anrechnung auf die „Schuldenbremse“ bei gleichzeitiger Anrechnung als „Schulden“ im Haushaltsjahr 2021 ist demzufolge unzulässig.

Drittens verstößt die Verabschiedung des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2021 nach Ablauf des Haushaltsjahres 2021 gegen den Haushaltsgrundsatz der Vorherigkeit aus Art. 110 Abs. 2 Satz 1 GG.“

Link: Bundesverfassungsgericht

Sie könnten heute eine Notlage erklären wegen der Klimakrise und die notwendigen Investitionen mit Zusatzkrediten finanzieren!

„Es ist das erste Mal, dass Karlsruhe zur Schuldenbremse urteilt. Demnach hat der Gesetzgeber zwar einen Spielraum, wie er mit einer Notlage umgehen will und durfte also 2021 ausnahmsweise Schulden machen. Aber das Gericht sagt auch: Er hätte besser begründen müssen, warum später die Mittel für das Klima ausgegeben werden sollten und warum das helfen könnte, die Corona-Folgen abzumildern.”

Link: tagesschau

Das Gericht sagt auch, wenn eine Krise lange absehbar war, dürfen keine Extra-Schulden gemacht werden. Und da Wissenschaftler die Klimakrise schon seit Jahrzehnten haben kommen sehen, können wir nicht wegen des Klimas dauernd eine Notlage erklären

„Je länger die diagnostizierte Krise anhält und je umfangreicher der Gesetzgeber notlagenbedingte Kredite in Anspruch genommen hat, desto detaillierter hat er die Gründe für das Fortbestehen der Krise und die aus seiner Sicht fortdauernde Geeignetheit der von ihm geplanten Maßnahmen zur Krisenbewältigung aufzuführen. Er muss insbesondere darlegen, ob die von ihm in der Vergangenheit zur Überwindung der

Nach oben

Notlage ergriffenen Maßnahmen tragfähig waren und ob er hieraus Schlüsse für die Geeignetheit künftiger Maßnahmen gezogen hat."

Link: Bundesverfassungsgericht

„Di Fabio: Schon der Begriff der "außergewöhnlichen Notsituation" deutet auf seltene Ausnahmen hin. Man darf das Instrument der Notlage nicht veralltäglichen, um mit seriellen Notlagen dauerhaft die Schuldenbremse zu umgehen. Das hat das Gericht klargemacht. Ein außergewöhnlicher Finanzbedarf durch eine Art exogenen Schock muss belegt werden."

Link: ZEIT ONLINE

Studien sagen: Wenn im Abschwung gespart wird, führt das zu einem Anstieg der Stimmen für extreme Parteien (…) jedes Prozent, das gespart wird; bringt den Rechtsextremen drei Prozent mehr Stimmen.

„Dieser Anstieg sei aber dort besonders ausgeprägt gewesen, wo der wirtschaftliche Abschwung mit einer Austeritätspolitik einhergegangen sei. Im Durchschnitt führte »eine Reduzierung der regionalen öffentlichen Ausgaben um 1% zu einem Anstieg des Stimmenanteils extremer Parteien um etwa 3 Prozentpunkte. Der höhere Stimmenanteil extremer Parteien lässt sich durch eine sinkende Wahlbeteiligung bei gleichzeitigem Anstieg der Gesamtstimmenzahl dieser Parteien erklären.«

Der Anstieg des Stimmenanteils extremer Parteien nach flächendeckenden Sparmaßnahmen hielt zudem über Jahre nach der Eurokrise an, »was uns zuversichtlich macht, dass die politischen Kosten der Sparmaßnahmen nicht nur auf die extremen Ereignisse in der EU zurückzuführen sind«."

Link: Politik&Ökonomie

Buchtipp: 1931: Die Finanzkrise und Hitlers Aufstieg, von Tobias Straumann. „Straumann zeigt eindrucksvoll, wie die Finanzkrise von 1931 und insbesondere die rasch folgende Austeritäts-Reaktion den Aufstieg Hitlers ermöglichten."

Link: Dezernat Zukunft

Nach oben

Warum halten Sie gegen alle ökonomische Vernunft an dieser künstlichen Begrenzung des Budgets fest?

Wie soll ich denn sonst Sozialabbau, Steuersenkungen, und Privatisierung durchsetzen?

Politische Zwangsjacken: Schuldenbremse & Co.

Link: JACOBIN

„Wie Umfragen zeigen, hat nach vierzig Jahren neoliberaler Propaganda eine Mehrheit der Menschen in Deutschland mehr Angst vor Schulden als vor der Zerrüttung des Klimasystems und dem Zerfall der öffentlichen Infrastruktur."

Link: JACOBIN

Schuldenbremse: Rutschbahn in die Privatisierung

Link: Gemeingut in BürgerInnenhand

Einsparpotential laut INSM > 3,9 Milliarden Euro durch Privatisierung von Telekom und Deutscher Post

Link: INSM

Austerity: 12 Myths Exposed

Link: Social Europe

„Der Staat hat sich schon immer verschuldet, um große Investitionen zu schultern. Die Alternative heißt: Privatisierung der Daseinsvorsorge und Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP). Zudem stützen Staatsschulden im Abschwung die Konjunktur, während Sparen im Abschwung die Krise verschärft."

Link: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

„Die Schuldenbremse. Über eine paradoxe Regierungstechnologie der Austerität"

Link: geschichte der gegenwart

Ökonomisches Nirwana – Die Schuldenbremse führt zu weiterer gesellschaftlicher Spaltung

Link: WSI Mitteilungen

Nach oben

Impressum

Zweites Deutsches Fernsehen
Anstalt des öffentlichen Rechts

ZDF-Straße 1
55127 Mainz

Postanschrift:
Zweites Deutsches Fernsehen
55100 Mainz
Tel.: 06131/70-0
Fax: 06131/70-12157
E-Mail: info@zdf.de
Vertretungsberechtigter im Sinne des § 55 Abs. 1 Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien, § 5 Abs. 1 Telemediengesetz:
Intendant
Dr. Norbert Himmler

Nach oben